

Anfrage

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 29.03.2010
Ltg.-522/A-4/132-2010
-Ausschuss

des Abgeordneten **Waldhäusl**

an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Sobotka gem. § 39 Abs. 2 LGO 2001

betreffend: **Veranlagungen und Spekulationen im Bereich des Landes NÖ, der NÖ Hypo Investment AG, der NÖ Wohnbaugelder, etc.**

Das Land Niederösterreich hat als Gläubiger hypothekarisch besicherte Wohnbauförderungsdarlehen verkauft.

Und zwar wurde mit Landtagsbeschluss vom 28.6.2001 eine erste Tranche von insgesamt 166.103 Wohnbauförderungsdarlehen mit einem Volumen von ca. 4,7 Milliarden Euro mit einem Nettoverkaufserlös von 2,442 Milliarden Euro verkauft und wurden diese Gelder durch die Fibeg veranlagt.

Mit Landtagsbeschluss vom 25.1.2007 wurde eine weitere Tranche von ca. 33.000 Wohnbauförderungsdarlehen mit einer Nominal von ca. 2 Milliarden Euro und die Veranlagung des Verwertungserlöses durch die Fibeg genehmigt.

Neben der Fibeg sind laut "derStandard"-Bericht vom 15. August 2009 jede Menge anderer Gesellschaften und diskrete Stiftungen in die Geschäfte involviert.

Die Rechte aus den Wohnbaudarlehen hat das Land Niederösterreich an die Blue Danube Loan Funding GmbH abgetreten. Sie hat im Gegenzug ABS-Wertpapiere an Investoren ausgegeben. Das Land hat Haftungen übernommen. Laut Bericht gehört die Blue Danube Loan Funding GmbH der Wohnbaudarlehen Privatstiftung. In ihrem Vorstand sitzt neben Pröll-Vertrauensanwalt Christoph Herbst auch Fibeg-Chef Herbert Höck. Die Blue Danube wies laut "derStandard" 2007 ein negatives Eigenkapital und einen Bilanzverlust von rund 5,7 Millionen Euro aus.

Die gleichfalls landeseigene Finanzgesellschaft Fibeg ist mit einer Wertpapier-Konzession ausgestattet worden. Diese legte sie im Juli 2008 aus vorerst unbekanntem Gründen zurück, wodurch sich die Fibeg der laufenden Kontrolle durch die FMA entzog.

Über mögliche, hohe Veranlagungsverluste kursieren Gerüchte. Laut "derStandard"-Bericht vom 6. März 2010 landeten insgesamt 4,4 Milliarden Euro in vier Fonds und der Wert sank beständig, bis 2009 die Milliardenverlustgrenze erreicht wurde. Angeblich hat man auch im Madoff-Feeder-Fund Alpha Prime investiert. Daraus sollen aber keine Verluste entstanden sein. Details sind traditionsgemäß kaum zu erfahren.

Interessant, dass Generaldirektor a.D. KommR Herbert Fichta, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Hypo Investmentbank AG, in einem Die Presse-Artikel hinsichtlich der Veranlagung der Wohnbaugelder erklärte: „Es habe sich ausnahmslos um Papiere sehr guter Bonität gehandelt, wie österreichische Bundesanleihen“.

Der aktuelle Vermögensstand soll laut Herbert Höck 3,8 Milliarden Euro betragen, wonach man im neunten Veranlagungsjahr mit rund 600 Millionen Euro unter Wasser sei. Ans Land seien samt Garantie- und Zinszahlungen bis Ende 2009 1,2 Milliarden Euro ausgeschüttet worden.

Addiert man den kolportierten Vermögensstand von 3,8 Milliarden Euro und die angeblichen Ausschüttungen von 1,2 Milliarden Euro, ergeben sich 5,0 Milliarden Euro. Dadurch könnte man geneigt sein, eine positive Rendite aus der Vorgehensweise abzuleiten.

Für die Renditedarstellung ist allerdings eine genaue Betrachtung der Vorgänge unerlässlich.

Das Land Niederösterreich vergab Darlehen, die mit entsprechenden Konditionen ausgestattet sind. Darlehensvolumen abzüglich Finanzierungskosten stellen einen Vergleichswert dar. Diese Wohnbauförderungsdarlehen wurden bei der 1. Tranche mit einem Abschlag von beachtlichen 48 % verkauft.

Dieser Abschlag, samt Zinsverlust, zuzüglich sämtlicher Veranlagungskosten, wie Kosten für Beratungen, Firmengründungen, Haftungen, Gebühren, laufende Kosten, etc., abzüglich ursprünglicher Finanzierungskosten, muss bei der Veranlagung durch die Fibeg erst egalisiert werden, um von einem Nullsummenspiel reden zu können. Wobei selbst da Parameter wie erhöhtes Risiko, Verschiebung von Kaufkraft ins Ausland, Verlust von inländischen Arbeitsplätzen, Steuerausfall, Moralverlust, etc., noch keine Berücksichtigung finden.

Mangels Daten kann eine genaue Berechnung nicht erfolgen.

Eine Verdoppelung der Fibeg-Veranlagungsgelder scheint allerdings ein Minimum an Egalisierungsperformance darzustellen.

Laut "derStandard"-Bericht ist Höck über alle Entscheidungen rund um Niederösterreichs Schätze eingebunden und genießt das volle Vertrauen von Finanzlandesrat Wolfgang Sobotka. Der Ex-Philips-Manager führt die Land NÖ Finanz- und Beteiligungsmanagement GmbH (Fibeg), ist Aufsichtsratsvizechef der Hypo Investmentbank AG und Aufsichtsrat in der Hypo Capital Management AG, Hypo Real Invest AG und Kapitalanlagegesellschaften, sowie Vorstand der Wohnbaudarlehen Privatstiftung. Von Jänner 2007 bis Mai 2008 war er im Investmentbank-Vorstand, streckenweise mit Heinz Hofstätter, heute Eigner und Chef der 2008 gegründeten Areta GmbH. Sie soll auch in Hypo-Deals eingeschaltet sein. Er und Höck jedenfalls waren Ende 2007 Bankenchefs, als Augustus in Dublin gegründet wurde.

Die darin steckenden rund 70 Positionen werden nun laut Höck abgeschichtet, bis 20. März sollen 400 Millionen Euro zurückgeführt sein, der Rest in drei bis fünf Jahren. Den Verlust, den man beim Verkauf der strukturierten Produkte realisiert hat, verrät er nicht. Der

kolportierte hohe einstellige Millionenbetrag wird von Experten für recht optimistisch gehalten.

Abverkauft wird auch das Vehikel Cetium. Darin stecken 100 Millionen Euro aus den Wohnbaudarlehen. In vier, fünf Jahren soll laut Höck verkauft werden.

Der Rechnungshof hat die Finanzgeschäfte des Landes zwischenzeitlich untersucht. Der entsprechende Rohbericht soll in St. Pölten unter Verschluss gehalten werden.

Ende 2007 wurde von der Hypo der in Dublin ansässigen Zweckgesellschaft Augustus Funding Limited unter Missachtung rechtlicher Auflagen (Großveranlagungsgrenze) ein Darlehen in der Höhe von insgesamt 800 Millionen Euro für angeblich hochriskante Investments gewährt, darunter die nicht erst seit Ausbruch der Finanzkrise geächteten Collateralized Debt Obligations (CDOs). Es wird angenommen, dass die Geschäfte in unmittelbarem Zusammenhang mit den umstrittenen Veranlagungen von Wohnbauförderungsdarlehen stehen, die seit 2001 von VP-Finanzlandesrat Wolfgang Sobotka durchgeführt werden.

100 Millionen davon stammen laut Fibeg-Chef Herbert Höck aus dem Erlös aus den niederösterreichischen Wohnbaudarlehen.

Ein hoch verschuldetes Bundesland hat also Steuergelder eingesetzt, um über ein eigens geschaffenes Konstrukt außerhalb der Landesgrenzen zu zocken.

Unklar ist die Eigentümerstruktur der Augustus Funding Limited. Insider-Kreise sehen als Eigentümer zu 20 % die Hypo und zu 80 % das Land Niederösterreich. Laut "derStandard" von 25. Feber 2010 gehört Augustus zu 20 % der Hypo und 80 % hält ein ausländischer Trust rund um die Londoner BNY Corporate Trustee Service Ltd. Hinter diesem Trust dürfte laut Zeitungsbericht die Wiener Investmentgesellschaft Aurelius Capital Management GmbH rund um Michael Dirnegger und Hans Michael Schania stehen.

Laut Zeitungsbericht "derStandard" vom 25. Feber 2010 ist Andreas Müller einer der Direktoren der Augustus Funding Limited, die laut ihrer Satzung so gut wie alle Finanzgeschäfte tätigen darf. Andreas Müller ist auch Vorstandsmitglied der Hypo Capital Management AG, eine 25-Prozent-Tochter der Hypo Investmentbank AG.

Außerdem soll die Bank die Bilanz 2008 gefälscht haben, um fast wertlos gewordene Papiere des kollabierenden US-Investmenthauses Lehman Brothers (Pleite am 15. Sept. 2008) verschwinden zu lassen.

Eine Vorortprüfung durch die Österreichische Nationalbank im Herbst 2009 deckte die Vorgänge auf. Seit Dezember 2009 ermittelt das Landeskriminalamt Niederösterreich im Auftrag der Staatsanwaltschaft St. Pölten. Die Vorstände der Hypo, Dr. Peter Harold und Vorstandskollege Mag. Richard Juill, werden nach einer Sachverhaltsdarstellung der Finanzmarktaufsicht (FMA) vom 1. Dezember 2009 verdächtigt, die Bilanz des Jahres 2008 gefälscht zu haben, um Verluste aus Spekulationen mit Anleihen der kollabierten US-Investmentbank Lehman Brothers verschwinden zu lassen. Harold und Juill bestreiten die Vorwürfe und es gilt die Unschuldsvermutung.

Profil-Recherchen zufolge hat die FMA gegen Mag. Richard Juill wegen Verdachts auf Sorgfaltspflichtverletzung ein so genanntes Geschäftsleiterenthebungsverfahren eingeleitet. Der Schritt der Behörde ergibt sich zwingend aus der Rechtslage: Werden der Aufsicht Fakten bekannt, die den Verdacht auf Verletzung der Sorgfaltspflicht durch einen Geschäftsleiter begründen, hat sie unverzüglich entsprechende Untersuchungen einzuleiten. Juill ist seit 2005 in der Vorstandsetage der Hypo tätig, die inkriminierten Geschäfte müssen also über seinen Schreibtisch gegangen sein.

Peter Harold ist seit März 2008 im Vorstand der Hypo und entlässt den Aufsichtsrat nicht aus der Verantwortung: „Der Aufsichtsrat wurde von diesen großen Transaktionen vollinhaltlich informiert.“

Die Aktion Augustus wurde in der Sitzung vom 4. Dezember 2007 einstimmig zur Kenntnis genommen. Zwei Aufsichtsräte zogen sich ein halbes Jahr später aus dem Gremium zurück, da ihnen das Risikovolumen der Bankgeschäfte zu hoch geworden ist, Bernhard Müller, SP-Bürgermeister von Wr. Neustadt am 1. Sept. 2008 (und somit vor der Lehman-Pleite) und Karl Samstag, Generaldirektor a.D. der Bank Austria AG.

Etwa 1 Jahr zuvor hatte die Bank auf Initiative des zuständigen Landesrates Wolfgang Sobotka ihr Geschäftsmodell ändern müssen. Aus der Niederösterreichischen Landeshypo wurden gleichsam über Nacht zwei Banken. Das Filialgeschäft verblieb in der alten Hypo Bank, darüber wurde die neue Hypo Investmentbank gestülpt, die neben dem Geschäft mit der öffentlichen Hand vor allem die internationalen Finanzmärkte erschließen sollte. Seit Ende 2006 herrschte in der Vorstandsetage reges Kommen und Gehen. Sieben Vorstandsmitglieder standen seither auf der Payroll der Bank, die nunmehr von Peter Harold und Richard Juill geführt wird.

Bernhard Müller anlässlich seines Rücktrittes: „Diese Zeitperiode war geprägt durch eine hohe Personalfuktuation, auch auf Vorstandsebene beider Banken – verbunden mit horrenden Kostenbelastungen. Gleichzeitig wurde das Risikoprofil an eine Investmentbank angepasst und damit erhöht – eine Entwicklung, die auch aus Sicht des Haftungsträgers Land Niederösterreich kritisch zu betrachten sein sollte.“ [Quelle: profil Nr. 07/10]

Um das Geschäft (angebliche Verschleierung der Lehmanverluste) durchzuziehen, bediente man sich einer kleinen Wiener Investmentgesellschaft, einer international tätigen Großbank, einer Liechtensteiner Briefkastenfirma und einer Offshore-Gesellschaft.

Am 15. September 2008 kollabierte Lehman Brothers. Der Hypo Investmentbank AG – und nicht nur ihr – erwuchs daraus ein veritables Problem. Auch sie hatte Lehman-Anleihen gezeichnet, die gleichsam über Nacht 80 % ihres Wertes verloren. Wie die Österreichische Nationalbank jüngst feststellte, hätte der Wert der Papiere von zuvor 17 Millionen auf knapp mehr als 3 Millionen Euro korrigiert werden müssen. Ergäbe eine rechnerische Wertberichtigung von nicht ganz 14 Millionen Euro.

Harold und Juill wählten indes einen anderen Weg. Sie wandten sich an die europäische Großbank BNP Paribas. Diese sollte ihnen bei der Beseitigung der Lehman-Last helfen.

Die Idee: BNP Paribas sollte der Hypo Niederösterreich die Papiere zu einem weit überhöhten Preis abkaufen, im Gegenzug würde das St. Pöltener Bankhaus niedrigst verzinste Anleihen von BNP Paribas ankaufen.

Der Effekt aus Sicht der Hypo: Anstelle der weitgehend wertlosen Lehman-Papiere konnte die Bank werthaltige BNP-Anleihen einbuchen, die daraus resultierenden Zinsnachteile aber auf mehrere Jahre verteilen.

Der Effekt aus Sicht von BNP Paribas: Die Grossbank gelangte schnell an sehr billiges Geld. Statt den direkten Weg nach Paris zu gehen, wählten die Niederösterreicher den Umweg über ein kleines Wiener Investmenthaus, dessen Gründung 2006 sie tatkräftig unterstützt hatten und das bereits bei der Veranlagung niederösterreichischer Wohnbaugelder dienlich gewesen war: Aurelius Capital Management GmbH. Die Masterminds, Michael Dirnegger und Hans-Michael Schania, wurden engagiert, den Deal zwischen der Hypo Investmentbank AG und BNP Paribas zu arrangieren – gegen gutes Geld.

Laut Bemerkung Höck wurde die Aurelius bei der Gründung gefördert. Es geht um ein Darlehen von 1,5 Millionen Euro von Hypo Capital Management AG (einst Aurelius Consulting) und Genussscheine über 100.000 Euro, die Ende März abgeschichtet werden. Um den Jahreswechsel 2008/2009 nahmen jene Transaktionen ihren Lauf, die jetzt die Justiz beschäftigen.

Eine Dirnegger und Schania zugerechnete Liechtensteiner Anstalt namens Lessika griff die Lehman-Position, die eigentlich kaum mehr als 3 Millionen Euro wert war, zum fiktiven Preis von rund 10 Millionen Euro auf und reichte sie an eine eigens dafür eingerichtete Zweckgesellschaft (im Fachjargon Special Purpose Vehicle, kurz SPV genannt) mit Namen Aquarius weiter, die wiederum BNP Paribas zugerechnet wird.

Lessika gehört zwei Liechtensteinischen Stiftungen namens Benita und Mailin, aus dem Umfeld der Hypo-Investmentberater, Michael Dirnegger und Hans-Michael Schania. Die zwei Experten für strukturierte Produkte führen die Wiener Gesellschaft Aurelius.

Benita-Begünstigte ist Dirneggers Frau, Mailin-Begünstigter ist Schania.

Der enttarrte Schleichweg:

Hypo ⇒ Aurelius Capital Management ⇒ Liechtensteiner Lessika ⇒ Aquarius ⇒ BNP Paribas
Wenige Wochen später ging das Geschäft in die Gegenrichtung.

Die Hypo Niederösterreich kaufte eine von BNP Paribas aufgelegte Aquarius-Anleihe an.

Wieder lief der Deal über Dirnegger, Schania und Aurelius Capital Management.

Nach Erhebungen der Österreichischen Nationalbank dürfte beim Aurelius Management eine ‚Handelsprovision‘ von 750.000 Euro brutto hängen geblieben sein.

Für 2008 wies die Hypo Investmentbank AG einen Jahresüberschuss nach Steuern von 3,68 Millionen Euro aus. Im Jahr zuvor waren es 17,47 Millionen Euro gewesen.

Unklar erscheint, warum die Hypo Niederösterreich den Verlust aus den Lehmanpositionen in der Bilanz 2008 nicht auswies. Schließlich war die Hypo Niederösterreich nicht die einzige Bank, der aus der Geschäftsbeziehung zu Lehman Brothers Probleme erwachsen wären.

Und wenn der Deal schon sein musste: Warum bediente man sich eines unscheinbaren Wiener Investmenthauses, das obendrein auch noch eine ordentliche Stange Geld damit verdiente und ging den Umweg über eine liechtensteinische Briefkastenfirma?

Die FMA wöhnt in diesem Vorgang einen Verstoß gegen Paragraph 255 des Aktiengesetzes (http://www.jusline.at/255_AktG.html), wonach Verschleiern, Verschweigen oder auch nur die unrichtige Wiedergabe erheblicher Umstände mit bis zu einem Jahr Haft zu ahnden ist.

Der Fall Augustus könnte sich für die Hypo zu einem Desaster auswachsen – und zwar unabhängig von der Entwicklung der irischen Investments.

Die OeNB-Prüfer wollen in dem 800 Millionen Euro schweren Dublin-Kreditdeal eine Überschreitung der so genannten Großveranlagungsgrenzen erkannt haben. Vereinfacht gesagt, darf eine Bank nicht mehr als 25 % ihrer Eigenmittel in ein Geschäft stecken. Auf diese Weise soll verhindert werden, dass Kreditinstitute Gewinne um den Preis überproportional hoher Risiken – im Fachjargon Klumpenrisiko genannt – anstreben. Das Bankwesengesetz sieht bei Verstößen drakonische Strafen vor. Diese bemessen sich an einem komplexen Schlüssel aus Dauer und Ausmaß der Überschreitung der Veranlagungsgrenzen.

Im konkreten Fall hätte die Bank das Limit mehr als deutlich überschritten, da ihre ausgewiesenen Konzerneigenmittel zuletzt bei gerade einmal 568 Millionen Euro lagen.

Nach "profil"-Recherchen sind bei der Hypo bis jetzt rechnerisch Strafzinsen in der Höhe von knapp über 40 Millionen Euro aufgelaufen, die sie im schlimmsten Fall bereits zur Gänze im Jahresabschluss 2009 verkraften müsste, wobei das Strafgeld der LH Dr. Erwin Pröll unterstellten Bank direkt beim Finanzministerium, welchem Dipl.-Ing. Josef Pröll vorsteht, abzuliefern wäre. Onkel Pröll wird der Strafe durch Neffen Pröll wohl eher gelassen entgegensehen. Es wird sich weisen.

Aktuell soll das irische Vehikel Augustus Funding Limited bei der Landesbank mit 600 Millionen Euro in der Kreide stehen.

Am 28. Jänner 2010 ging zwischen der Hypo Investmentbank AG und der Niederösterreichischen Landes-Beteiligungsholding GmbH klammheimlich eine Transaktion über die Bühne, an der es eigentlich nichts geheim zu halten gäbe. Kommuniziert wurde sie trotzdem nicht.

Tatsache ist, dass die Hypo an diesem Tag ihr Grundkapital mit tatkräftiger Unterstützung des Landes Niederösterreich von zuletzt 47,62 Millionen Euro auf 51,98 Millionen Euro erhöht hat.

Laut „profil“ vorliegenden Dokumenten zeichnete die landeseigene Holding – sie kontrollierte schon bisher 100 Prozent – 600.000 Stück junge Hypo-Aktien zum Stückpreis von 50,14 Euro. Kostenpunkt: 30,084 Millionen Euro.

Laut Banksprecher Markus Nepf steht die Kapitalerhöhung in keinem Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen und sei die Maßnahme bereits im April des Vorjahres in einer Hauptversammlung beschlossen worden.

Auffallend: Der Vorstand der Bank hat sich fast acht Monate Zeit gelassen das Vorhaben umzusetzen. Am 24. April wurde das Management von den Eigentümern ermächtigt, das Grundkapital zu erhöhen. Der entsprechende Vorstandsbeschluss fiel am 2. Dezember des Vorjahres. Also just zu dem Zeitpunkt, da die Staatsanwaltschaft St. Pölten und die Finanzmarktaufsicht Ermittlungen aufgenommen haben.

Betrachtet man die ganzen Konstruktionen von unscheinbaren Firmen, Günstlingen, Privatstiftungen, ausländischen Zweckgesellschaften und Verschleierungswegen, fällt es schwer, Fassung zu bewahren.

Von der moralischen Komponente, Milliarden an Steuermittel einer Zockergesellschaft zu überlassen, die sich noch dazu bestens bedient hat, ganz zu schweigen.

Ein wesentlicher Punkt ist auch, ob dem Steuerzahler Schaden entstanden ist.

Dabei ist nicht nur das nackte Zahlenwerk zu betrachten. Es ist auch ein jeweils eingegangenes Mehrisiko dem Ertrag gegenüberzustellen. Ein erhöhtes Risiko, welches auch schlagend geworden ist.

Gehen wir von einer ursprünglichen Investitionssumme von 4,4 Milliarden Euro und einem aktuellen Vermögensstand von 3,8 Milliarden Euro aus, ist ein Verlust von 13,7 % zu beklagen. Dem müssen allerdings Ausschüttungen gegengerechnet werden.

Allerdings darf als Basis nicht von 4,4 Milliarden Euro ausgegangen werden!

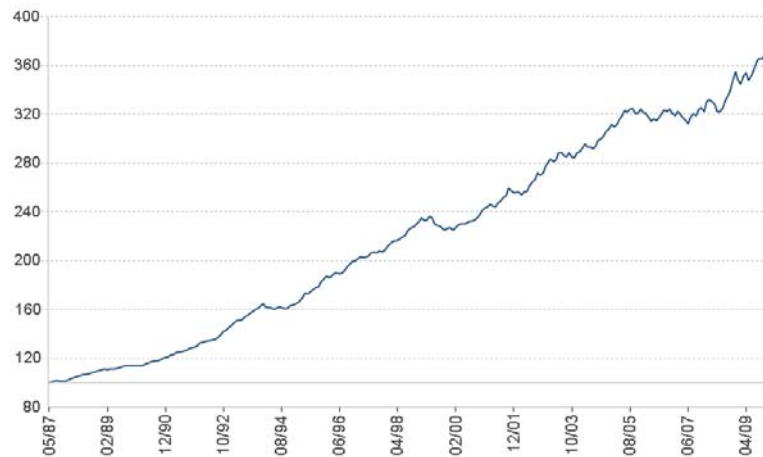
Wie eingangs erwähnt, wurden die Wohnbauförderungsdarlehen mit beträchtlichen Abschlägen verkauft (1. Tranche -48 %). Die Rückzahlungen der Darlehen fließen nun in die Taschen einer Privatstiftung, in dessen Vorstand Pröll-Freunde Christoph Herbst und Fibeg-Chef Herbert Höck agieren.

Hätte man das unmoralische Angebot ausgeschlagen und in simple Staatsanleihen investiert, oder eine verantwortungsvolle, konservative Veranlagung gewählt, würden sich stabile Erträge lukrieren lassen.

Als Beispiel sei der mündelsichere Raiffeisen-Österreich-Rent erwähnt, der in den letzten 10 Jahren über 60 % zugelegt hat.

Dazu wären bei einer derartigen Veranlagung Arbeitsplätze und Steuern im Land geblieben und wäre eine derartige Veranlagung dazu noch kostengünstig.

Raiffeisen-Österreich-Rent Langfristchart:



Weiters ist die Vermögensentwicklung der Augustus Funding Limited unklar.

Ein österreichischer Fondsmanager, auf den Hinweis, das Land NÖ hätte in CDOs investieren lassen, im Originalton: „Wenn die Hypo in CDOs investiert hat, dann stehen die Chancen gut, dass die Verluste groß sind. Selbst die AAA-Tranchen hat es bei den 2006er&2007er Jahrgängen arg erwischt. Ab BBB dürfte der Verlust bei 100 % liegen.“

Der Gefertigte stellt daher an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka folgende

Anfrage:

1. Wie hoch war der Abschlag der Wohnbaudarlehensvolumen auf den Nettoverkaufserlös der 1. und der 2. Tranche der Land NÖ Finanz- u. Beteiligungsmanagement GmbH an die „Fibeg“?
2. Welche Kalkulationen liegen dem gewährten Abschlag zu Grunde?
3. Wie lange war die durchschnittliche Restlaufzeit der Wohnbaudarlehen der 1. und der 2. Tranche zum jeweiligen Zeitpunkt des Verkaufes?
4. Mit welchen Konditionen (Zinsanspruch) waren die Wohnbaudarlehen der 1. und der 2. Tranche ausgestattet?
5. Welche Gesamtbelastung errechnet sich aus den Wohnbaudarlehen 1. und 2. Tranche?
6. Wer hat die Wohnbauförderungsdarlehen 1. und 2. Tranche gekauft (wir gehen davon aus, dass diese Frage bereits durch vorhergehende Anfragen beantwortet wurde)
7. Wurde die Mittelherkunft und die Integrität des Käufers/der Käufer einer ordnungsgemäßen Prüfung unterzogen und gibt es darüber Protokolle?
8. Welche Gesamtsumme wurde der Fibeg übertragen?
9. Welche Richtlinien wurden der Fibeg zur Veranlagung vorgegeben (Investitionszeitraum, Risikoprofil, Veranlagungsziele)?

10. Welche Konditionen wurden mit der Fibeg vereinbart, bzw. gibt und gab es Vereinbarungen über etwaige Provisionen, Gebühren, etc., von mit der Veranlagung beauftragten Institutionen?
11. Wie veranlagt und veranlagte die Fibeg diese Gelder?
12. Sind Ihnen das Risikoprofil und der Funktionsmechanismus strukturierter Finanzprodukte in vollem Umfang bekannt?
13. Welche Performance wäre nötig gewesen, um den Verkaufsabschlag der Nettoverkaufserlöse auf die Wohnbaudarlehenssumme, sowie der Abtretung der Zinsansprüche unter Berücksichtigung der mit der Veranlagung verbundenen Kosten zu egalisieren und für den Steuerzahler einen Mehrwert zu erwirtschaften?
14. Welche Outperformance wäre Ihrer Meinung nach nötig gewesen, um das erhöhte Veranlagungsrisiko zu egalisieren?
15. Welche Performance erzielt die Veranlagung durch die Fibeg?
16. Welche Rendite ergibt sich aus dem Verkauf der Wohnbauförderungsdarlehen und Veranlagung durch die Fibeg und Augustus Funding Limited?
17. Sind Ihnen die Kosten- und Risikostruktur der Veranlagung durch die Fibeg und/oder Augustus Fund Limited bekannt?
18. Welche Kontroll- und Berichtsmechanismen sind bezüglich der Veranlagung durch die Fibeg zwischen dem Land NÖ, der NÖ Hypo Investment-Bank AG bzw. der Hypo Landesbank und der Fibeg eingerichtet worden?
19. Wo beliefen sich die Höchst- und Tiefststände der Veranlagungsgelder durch die Fibeg?
20. Wie hoch waren die Ausschüttungen aus Veranlagungserträgen von der Fibeg?
21. Wurden im Zuge der Veranlagung Garantiesummen ausbezahlt und wann welche?
22. Wurden von der Fibeg Gelder abgezogen und wohin flossen diese?
23. Flossen aus diesen Veranlagungsgeldern Mittel auf direktem oder indirektem Wege in die in Dublin ansässige Zweckgesellschaft Augustus Funding Limited?
24. Warum legte die Fibeg die Wertpapierkonzession im Juli 2008 zurück?
25. In welchen Funktionen ist/war Herr Dkfm. Herbert Höck seit 2001 tätig.
26. Ist Ihnen eine Tätigkeit von Herrn Dkfm. Herbert Höck in Firmen oder Stiftungen bekannt, die direkt oder indirekt mit dem Land Niederösterreich in Verbindung stehen und welche?
27. Ist Ihnen ein Zusammenhang von Herrn Dkfm. Herbert Höck mit dem Verkauf der Lehmanpositionen bekannt und welcher?
28. Ist Ihnen ein Zusammenhang von Herrn Dkfm. Herbert Höck mit dem 800 Millionen Euro Darlehen an die Augustus Funding Limited bekannt und welcher?
29. Ist Ihnen ein Zusammenhang von Herrn Dkfm. Herbert Höck mit dem Ankauf der Aquarius-Anleihe bekannt und welcher?
30. Warum wurde die Augustus Funding Limited gegründet und welches Geschäftsmodell soll diese Limited vollziehen?
31. Wer sind die Gesellschafter der Augustus Funding Limited?

32. Welche Kontroll- und Berichtsmechanismen sind bezüglich der Veranlagung durch die Augustus Funding Limited zwischen dem Land NÖ und der Augustus Funding Limited eingerichtet?
33. Welche Richtlinien wurden der Augustus Funding Limited zur Veranlagung vorgegeben (Investitionszeitraum, Risikoprofil, Veranlagungsziele) und welche Gesamtsumme wurde der Augustus Funding Limited übertragen?
34. Welche Performance erzielt die Veranlagung durch die Augustus Funding Limited?
35. Wo beliefen sich die Höchst- und Tiefststände der Veranlagungsgelder durch die Augustus Funding Limited?
36. Wie hoch waren etwaige Ausschüttungen aus Veranlagungserträgen durch die Augustus Funding Limited?
37. Sind Ihnen im Zuge der Veranlagung von Landesgeldern Vereinbarungen über eine Verwaltungsgebühr, Performance Fee oder High-Water-Mark bekannt und wie lauten etwaige Vereinbarungen?
38. Auf welchen Betrag summieren sich sämtliche direkten und indirekten Veranlagungskosten wie Beratungen, Haftungen, Firmengründungen, Gebühren, Performance Fees, High-Water-Mark, etc., aus den Veranlagungen?
39. Ist eine Blue Danube Loan Funding GmbH und deren Gesellschafter bekannt und welche Dienste wurden/werden von dieser zu welchen Konditionen in Anspruch genommen?
40. Ist Ihnen bekannt, ob das Land Niederösterreich für die Blue Danube Loan Funding GmbH Haftungen übernommen hat, warum und zu welchen Konditionen?
41. Ist Ihnen das Geschäftsmodell der Blue Danube Loan Funding GmbH bekannt?
42. Ist Ihnen bekannt, bzw. stimmt es, dass die Blue Danube Loan Funding GmbH 2007 ein negatives Eigenkapital und einen Bilanzverlust von 5,7 Millionen Euro auswies und wäre das für eine etwaige Geschäftsbeziehung mit dem Land Niederösterreich relevant?
43. Ist Ihnen eine Aurelius Consulting AG, deren Aktionärsstruktur und Unternehmensgegenstand bekannt und welche Dienste wurden/werden von dieser zu welchen Konditionen in Anspruch genommen?
44. Ist eine Argentum Privatstiftung, Stifter, Stiftungszweck und Organmitglieder bekannt und welche Dienste wurden/werden von dieser zu welchen Konditionen in Anspruch genommen?
45. Ist eine Blue Danube Privatstiftung, Stifter, Stiftungszweck und Organmitglieder bekannt und welche Dienste wurden/werden von dieser zu welchen Konditionen in Anspruch genommen?
46. Ist Ihnen die Aurelia Privatstiftung, Stifter, Stiftungszweck und Organmitglieder bekannt und welche Dienste wurden/werden von dieser zu welchen Konditionen in Anspruch genommen?
47. Sind Ihnen die Begünstigten der Aurelia Privatstiftung bekannt?
48. Ist Ihnen eine Firma namens „Cinno“, dessen Eigentümerstruktur und Unternehmensgegenstand bekannt?
49. Ist Ihnen der Rechtsanwalt Dr. Christian Hausmaninger bekannt, welche Aufträge erhielt dieser und in welchem Zusammenhang?

50. Ist Ihnen eine „Wohnbaudarlehen Privatstiftung“, Stifter, Stiftungszweck und Organmitglieder bekannt und welche Dienste wurden/werden von dieser zu welchen Konditionen in Anspruch genommen?
51. Sind Ihnen die Begünstigten der „Wohnbaudarlehen Privatstiftung“ bekannt?
52. Ist Ihnen der Vorstand der „Wohnbaudarlehen Privatstiftung“ zum Zeitpunkt Frühjahr 2009 bekannt und wer sind diese Personen?
53. Ist eine Aurelius Capital Management GmbH, deren Unternehmensgegenstand und deren Gesellschafter bekannt und welche Dienste wurden/werden von dieser zu welchen Konditionen in Anspruch genommen?
54. Ist eine Omicron Investment Management GmbH, deren Unternehmensgegenstand und deren Gesellschafter bekannt und welche Dienste wurden/werden von dieser zu welchen Konditionen in Anspruch genommen?
55. Ist eine zypriotische Cyproservus Co. Limited, deren Unternehmensgegenstand und deren Gesellschafter bekannt und welche Dienste wurden/werden von dieser zu welchen Konditionen in Anspruch genommen?
56. Ist eine Schania Privatstiftung, Stifter, Stiftungszweck und Organmitglieder bekannt und welche Dienste wurden/werden von dieser zu welchen Konditionen in Anspruch genommen?
57. Ist eine Schumpeter Friedmann Privatstiftung, Stifter, Stiftungszweck und Organmitglieder bekannt und welche Dienste wurden/werden von dieser zu welchen Konditionen in Anspruch genommen?
58. Ist die Liechtensteinische Stiftung namens Benita, Stifter, Stiftungszweck und Organmitglieder bekannt und welche Dienste wurden/werden von dieser zu welchen Konditionen in Anspruch genommen?
59. Ist die Liechtensteinische Stiftung namens Mailin, Stifter, Stiftungszweck und Organmitglieder bekannt und welche Dienste wurden/werden von dieser zu welchen Konditionen in Anspruch genommen?
60. Sind die Begünstigten der Liechtensteinischen Stiftungen namens Benita und Mailin bekannt?
61. Aurelius Capital Management GmbH definiert sich in einer Mitteilung vom 12. Juni 2007 selbst, sich speziell auf das Management von Asset Backed Securities und CDO's zu fokussieren und teilt ferner mit, die Fibeg hat rund 4,6 Milliarden Euro in von Dritten gemanagten Produkten investiert, wobei ein Großteil der Investments der Fibeg im Bereich strukturierte Finanzierungen durch Aurelius Capital Management gemanagt werden. Generaldirektor a.D. KommR Herbert Fichta, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Hypo Investmentbank AG, erklärte laut einem Die Presse-Artikel hinsichtlich der Veranlagung der Wohnbaugelder: „Es habe sich ausnahmslos um Papiere sehr guter Bonität gehandelt, wie österreichische Bundesanleihen“.
Erkennen Sie diese Aussage als richtig und warum bedient(e) man sich dann einer auf hochriskante Finanzgeschäft spezialisierte Aurelius Capital Management GmbH und/oder

- einer irischen Zweckgesellschaft und/oder anderer Institutionen, die sich riskanter Finanzpraktiken bedienen?
62. Besteht eine Involvierung der Niederösterreichischen Landesregierung oder ihr obliegender Institutionen bei der Gründung der Aurelius Capital Management GmbH und welche?
 63. Wurde an die Aurelius Capital Management GmbH Genussscheinkapital vergeben und wenn, warum, wie viel und zu welchen Konditionen?
 64. Ist ein ausländischer Trust rund um die Londoner BNY Corporate Trustee Service Limited bekannt und welche Dienste wurden/werden zu welchen Konditionen in Anspruch genommen?
 65. Ist eine Liechtensteiner Anstalt namens Lessika bekannt und welche Dienste wurden/werden in Anspruch genommen?
 66. Sind Ihnen die Eigentümer der Anstalt namens Lessika bekannt?
 67. Ist eine Zweckgesellschaft namens Aquarius bekannt und welche Dienste wurden/werden zu welchen Konditionen in Anspruch genommen?
 68. Wer hat die Anleihe (Aquarius-Anleihe), die im Ausgleich zum Verkauf der Lehmanpapiere gekauft wurde, emittiert?
 69. Wie lauten die Konditionen der Aquarius-Anleihe?
 70. Ist bekannt, ob die Aquarius-Anleihe voll besichert ist und wie leitet sich diese Sicherheit ab?
 71. Besteht ein Zusammenhang mit den letztendlich bei der BNP Paribas zuzurechnenden Aurelius gelandeten Lehmanpapieren und dem 800 Millionen Euro Darlehen an die Augustus Funding Limited?
 72. Sind direkt oder indirekt bei diesen 800 Millionen Euro Darlehen Wohnbaugelder involviert, die ursprünglich die Fibeg verwaltet hat?
 73. In welchem Ausmaß waren Sie von den Transaktionen der Lehmanpapiere und/oder dem 800 Millionen Euro Darlehen und/oder dem Ankauf der Aquarius-Anleihe informiert und wer hat für die Transaktionen und/oder das 800 Millionen Darlehen und/oder dem Anleihenankauf den Auftrag gegeben?
 74. Ist Ihnen bekannt, wer die Idee um den Verkauf der Lehmanpapiere an Aurelius geboren hat und/oder wer diesen in Auftrag gegeben hat?
 75. Ist Ihnen bekannt, wer die Idee für das 800 Millionen Euro Darlehen an Augustus Funding Limited geboren hat und/oder wer dieses in Auftrag gegeben hat?
 76. Ist Ihnen bekannt, wer die Idee der Aquarius-Anleihe geboren hat und/oder wer diese in Auftrag gegeben hat?
 77. Ist Ihnen bekannt, in welchem Umfang jeweils der Aufsichtsrat informiert gewesen ist?
 78. Ist Ihnen bekannt, warum man den Standort Dublin gewählt hat?
 79. Ist Ihnen die Höhe der Transaktionen zur liechtensteinischen Anstalt Lessing bekannt?
 80. Ist Ihnen bekannt, warum der Verkauf der Lehmanposition nicht direkt mit BNP Paribas abgewickelt wurde?

81. Ist Ihnen bekannt, warum der Verkauf der Lehmanposition nicht mit einem österreichischen Bankinstitut abgewickelt wurde?
82. Sehen Sie in der gegebenen Durchführung der Transaktionen (Verkauf der Lehmanpapiere und/oder 800 Millionen Euro Darlehen und/oder Aquarium-Anleihenkauf) Verschleierungsgründe?
83. Sehen Sie in der gegebenen Durchführung der Transaktionen (Verkauf der Lehmanpapiere und/oder 800 Millionen Euro Darlehen und/oder Aquarius-Anleihenkauf) Gründe der Steueroptimierung?
84. Warum wurde der Augustus Funding Limited ein 800 Millionen Euro Darlehen gewährt?
85. Wie veranlagt und veranlagte Augustus Funding Limited diese Gelder?
86. Warum erfolgte der Ankauf der Aquarius-Anleihe über die Aurelius Capital Management GmbH und zu welchen Konditionen?
87. Wissen Sie, dass mit der Gewährung dieses 800 Millionen Euro Darlehens die Großveranlagungsgrenze extrem überschritten wurde und sind Sie darüber informiert gewesen?